

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 3 (1800-1801)  
  
**Anhang:** Beylagen zu dem Abgabengesetz für das Jahr 1800

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

seyn sollte, für einmal wenigstens hierüber nichts zu beschließen, sondern zu erwarten, was der Erfolg iener Liquidation seyn werde, da man dann je nach den Umständen, noch immer das angemessen erachtende werde vorsehen können.

#### Dekrete vorschlag.

Der gesetzgebende Rath

Auf die Botschaft des Vollz. Rath v. 27 Winterm. 1800 und nach angehörtem Vortrage seiner Staats- wirthschafts- Commission;

In Erwägung, daß es eben so billig als für den Staat vorthellhaft sey, bey dem bevorstehenden Verkauf der Nationalgüter, die durch eben diesen Verkauf zu tilgenden rückständigen Gehaltsanforderungen der Beamten, zahlungsweise anzunehmen;

In Erwägung aber, daß diese Befugniß, so wie sie in den §§. 10 und 17 des Dekrets vom 10. April 1800 enthalten ist, allen denjenigen Beamten, welche ihre Anforderungen nicht so anzubringen wüßten, zum Nachtheil gereichen müßte;

In Erwägung endlich, daß es Pflicht sey, bey dieser Befugniß solche Einschränkungen anzubringen, daß nicht der Vortheil der einen, den andern zum Nachtheil gereiche, sondern daß es bey der im allgemeinen geschlich vorgeschriebenen gleichmäßigen Bezahlung aller im Rückstande sich befindlichen Beamten sein Verbleiben habe; beschließt:

1. An die Bezahlung des Kaufschillings der zu versteigernden Nationalgüter werden auch angenommen, die eben durch diesen Verkauf zu tilgenden Forderungen der im Rückstande begriffenen Beamten.
2. Diese Forderungen müssen an dem gleichen Orte und zu gleicher Zeit eingereicht werden, die zu Bezahlung des ersten Quart der Kaufsumme bestimmt sind.

(Die Fortsetzung folgt.)

### Beilagen zu dem Abgabengesetz für das Jahr 1800.

10.

Gutachten der Finanzcommission, vom 8ten November, über die Handlungs- Abgaben.

Das bisherige AufLAGensystem belegte den Handel mit einer Abgabe auf den Verkauf. Der Erfolg hat aber

gezeigt, daß diese Abgabe als gehäßig angesehen werde, viele Gewerbe nicht betreffe, wenig ergiebig sey, und sehr viel willkürliches enthalte.

Der Vollz. Rath schlägt daher die oben auseinander- gesetzte Auflage auf Patente vor, und fügt dem bey, daß er mit Zuversicht behaupten könne, daß eine solche, als Ersatz der bisherigen, von dem Handelsstande angesucht worden sey. Nebst dem, daß sie den Vortheil hat, daß ganze Industriewesen zu umfassen, soll sie weit einträglicher werden, und für gewissenhafte Leute, weniger beunruhigend seyn.

Eine Nebenabsicht der Vollziehung ist dann auch, vermittlest des einzuführenden Patentsystems, eine nähere Kenntniß von der gesammten vaterländischen Betriebsamkeit zu erhalten, um zweckmäßiger darauf wirken zu können; so wie um der Polizei die Mittel zu erleichtern, über die gewerbetreibende Classe von Bürgern, ein wachsames Auge zu halten.

Obschon nun zwar die Finanzcommission bey der Prüfung des ganzen AufLAGensystems, diesen Nebenabsichten der Vollziehung alle Gerechtigkeit widerfahren läßt, und die Erreichung dieses Zweckes wünscht, so scheint ihr doch, daß ein Gesetz über die AufLAGen, eben der Ort nicht sey, wo die Einführung einer solchen Controлле hingehört. Nicht nur würden da zwey wesentlich von einander verschiedene Gegenstände vereinigt, und daher das Ganze beträchtlich verweiltläufigt, sondern es würde auch unser AufLAGensystem dadurch einen Anschein von Kleinlichkeit gewinnen, und einem bis ins geringste Detail gehenden, und bis auf die ärmste Volksclasse hinwirkenden Druck verursachen, den man billig von demselben abzuwenden bemüht seyn soll. Auch ohne das, bleibt das Ganze noch immer lästig genug. Nach dem Ermessen der Commission, sollte mithin hier alles dasjenige wegfallen, was sich bloß auf die mit keiner eigentlichen Gebühr belegten, sondern nur mit 3 bz. Schreibemolument zu bezahlenden Patenten bezieht, indem dieselben ganz offenbar keinen Gegenstand der Finanzen ausmachen können. Nichts steht aber im Wege, daß nicht die Vollziehung eben diese Maßregel, von der man sich wirklich mehrere Vortheile versprechen darf, durch einen besondern Beschluß anbefehle, und deren Vollziehung, gleichzeitig mit dem AufLAGensystem anordne.

In Betreff dann des Patentsystems selbst, und als Finanzquelle betrachtet, muß die Finanzcommission bemerken, daß sie zwar dessen Vorzüge von den vorjährigen Handelsabgaben anerkennt, daß es ihr doch aber in etwas auffällt, in dem gegenwärtigen AufLAGensystem, daß

te bis jetzt eingeführte Vermögenssteuer verwirft, gerade keine solche Vermögenssteuer für den gesamten Gewerbsstand anzutreffen. Jeder dazu gehörige Bürger muß ja seinen Umfang, die Wichtigkeit seines Gewerbs, d. i., nicht nur sein Vermögen, sondern selbst seinen Credit und seine Erwerbsfähigkeit angeben. Was also die allgemeine Vermögenssteuer nachtheiliges und gehäßiges an sich hat, das ist auch in vollem, ja fast verdoppeltem Maße, auf diese Art von Abgabe anwendbar, wo der Gewinn, den man aus seinem Gelde zieht, mit der Summe desselben, in so äußerst ungleichem Verhältnisse steht. Indessen fühlt die Finanzcommission allzusehr die Nothwendigkeit, diesem Vorschlage beizupflichten, als daß sie auf eine gänzliche Verwerfung desselben antragen könnte. Einige Modificationen doch hätte sie an demselben gewünscht.

So scheint es ihr, daß die Handelsabgabe um viel einfacher und auch gerechter seyn würde, wenn statt den Classen, die bey größer werdendem Handelsfond, immer eine größere Verschiedenheit der Summen, oder weiter auseinanderstehende, bis auf 100,000 Fr. von einander abweichende Summen in sich fassen, wo also Handelsleute von sehr ungleich wichtigem Verkehr, dennoch eine gleich große Abgabe bezahlen müssen, lediglich bestimmt würde, daß bey allen und jeden, das Eins vom Tausend als Abgabe entrichtet werde. Vermittelt dessen würde denn kein Maximum statt haben, und der Millionair müßte, wie Recht ist, mehr bezahlen, als der, welcher nur halb so viel in seiner Handlung zu liegen hat.

In Rücksicht auf die zweyte Classe, die Patente für Künstler und Handwerker, ist nichts zu bemerken. Zwar möchte es scheinen, daß es besser wäre, wenn diejenigen Gewerbe, welche der Patentgebühr unterworfen sind, namentlich genannt würden; allein diese Aufzählung würde nicht nur äußerst weitläufig werden, sondern wahrscheinlich auch viel schwieriger seyn, als die Bestimmung der Ausnahmen, zudem wäre jede Auslassung eine wahre Ungerechtigkeit gegen die ausgezeichneten Gewerbe ähnlicher Art. Die in der nähern Entwicklung des Auflagensystems vorgeschlagene Rückerstattung der Gebühr an die Marmorarbeiter und Gerber, welche für eine gewisse Summe Waaren ausführen, mag ohne großes Bedenken Platz haben. Indes verdienten vielleicht andere Gewerbe dieselbe Begünstigung, und dergleichen Ausnahmen scheinen immer etwas odioses an sich zu tragen.

In Betreff der dritten Classe könnte die Patentgebühr, was die Advokaten betrifft, wohl in etwas erhöht werden. Die Finanzcommission schlägt daher noch 2 Classen vor, eine von 48 Fr. und eine von 64 Fr. — Das Wich-

tigste dabey wäre aber das, daß nicht jedem, der ein solches Patent begehrt, und sich ohne irgend eine Art von Prüfung, zum Advokaten aufwerfen will, dasselbe ertheilt würde. In dieser Classe werden, was den von der Vollziehung eingegebenen Vorschlag betrifft, die Aerzte und Wundärzte vermißt; alldieweil sie hingegen bey der nähern Entwicklung des Systems vorkommen, und zu 8, 12, 20 und 32 Fr. taxirt werden, was doch in der That ganz süglich angenommen werden könnte. Die Perückenmacher hingegen, scheinen die ihnen in eben dieser Entwicklung zuge dachte Auszeichnung nicht zu verdienen.

Bey der vierten Classe, der der Gastwirthen, Weinschenken u. dgl., ist zu bemerken, daß sich das Auflagensystem in Betreff derselben, nach dem erst in diesem Monat November erschienenen Gesetze, wird zu richten haben. Die Finanzcommission findet übrigens, daß 300 Fr. auch für den größten Gasthof der Schweiz, eine außerordentlich starke Abgabe wäre. Als Maximum könnte man 100 Fr. annehmen.

Die in der fünften Classe enthaltenen Schauspiele, Concerte, Vorweisungen von Seltenheiten u. s. w., scheinen mehr Gegenstände zu seyn, woron die zu erhebende Gebühr der Municipalitätscaße, als aber der Nation zu fließen sollte; daß sie aber einer Abgabe unterworfen werden, ist ganz gerecht.

Betreffend dann die von der Patentgebühr ausgenommenen Berufe und Gewerbe, so scheint es, daß die unter Litt. b) genannten Gewerbe, gar wohl und so gut, wie viele andere der Regel unterworfen, und zur Erhebung eines Patents angehalten werden könnten, mit alleiniger Ausnahme der angezeigten Rämmer, Spinner u. Weber, so wie der Fuhrleuten und Schiffer.

Was endlich die Vollziehung anbelangt, so ist ganz richtig, daß dieselbe mit aller Strenge bewerkstelliget werden muß, und insoweit sind die gegen die fehlbaren Bürger vorgeschriebenen Strafen, ganz an ihrem Orte. Zu streng aber dürfte wohl diejenige seyn, welche gegen Richter und Beamte verhängt werden soll, die ohne Vorweisung des Patents, einem gewerbetreibenden Bürger, in Sachen seines Gewerbes, in irgend etwas behülfslich seyn würden. Wie leicht kann nicht eine solche Formalität übersehen werden; und sollte es nicht Fälle geben, wo das buchstäbliche Bestehen auf derselben, eine wahre Ungerechtigkeit seyn würde? Schon ohnehin hat man die größte Mühe, gute Richter und Beamte zu finden oder in ihren Stellen zu erhalten. Dergleichen neue Belästigungen dann, werden die wirklich vorhandene Abneigung noch vermehren.